

Seeland

Agenda Theater, Töne, Vortragstournee – das läuft in der Region

Evelyne Binsack erzählt von ihren Abenteuern, die Gymer-Theatergruppe hebt ab und im Bieler «Les Caves» werden die Affen losgelassen. Diese und weitere Ausgehtipps auf den **Seiten 27/28/30**

Ein rauer Wind bläst

Stromversorgung Der geplante Windpark auf dem Grenchenberg ist zwar ökologisch, verändert das Gesicht der Jurakette aber nachhaltig. Kritiker der Anlage wollen diese darum verhindern.



Von weit her wären die Windräder sichtbar (Sicht von Leuzigen aus): Was ökologisch sinnvoll ist, ist aus Sicht der Naturschützer eine «Verschandelung» der Natur. Bildmontage/zvg

Was auf dem Grenchenberg entstehen soll, ist imposant: Sechs Windenergieanlagen mit einer Höhe von je 110 Metern und einer Rotorblattlänge von gut 55 Metern. Bereits ab 2016 könnten sie nicht weniger als zwei Drittel der Grenchner Haushalte und Gewerbebetriebe mit Ökostrom versorgen. Könnten.

Das Prestigeprojekt der Grenchner Energieversorgerin SWG auf den Jurahöhen nimmt zwar Gestalt an. Anfang März wurde bekannt, dass die Schweizer Tochterfirma des französischen Alstom-Konzerns, Alstom Renewable, das Projekt realisieren wird (das BT berichtete). Nur: Mittlerweile formieren sich auch die Gegner des Windparks. Während die Verantwortlichen in Grenchen fest vom Bau der Anlagen ausgehen, fürchten die Kritiker eine Aushöhlung des Juraschutzes. Zudem zweifeln sie an der Effizienz der Windräder.

«Verschandelung» der Natur

Grosse Zweifel äussert Roland Stampfli, Präsident des im Kanton Solothurn sehr aktiven Vereins «Thaler Landschaft ohne Windräder» (Flow). Zum Projekt auf dem Grenchenberg sagt er: «Wir sind nicht gegen Windstrom, aber alles am richtigen und vor allem am effektivsten Ort.» Es sei nicht einfach zu beurteilen, wie hoch der substanzielle Beitrag von Windkraftanlagen an die Stromlieferung tatsächlich sei. Was die Jurahöhen betrifft, ist für Stampfli klar: Die gewonnene Energie aus diesen Anlagen stehe in keinem Verhältnis zur «Verschandelung» der intakten und grossräumig zusammenhängenden Naturlandschaft im Jura.

Diese Ansicht teilt auch der Präsident der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz, FDP-Nationalrat und Stadtpräsident von Solothurn, Kurt Fluri. «Wenn ein Windpark im Kanton Solothurn entsteht, ist der Juraschutz meiner Meinung nach beerdigt.» In jedem Fall handle es sich auf dem Grenchen-

berg um eine Interessenabwägung zwischen Energiegewinnung und Landschaftsschutz, so Fluri. Zudem sichtet Stampfli im Umweltverträglichkeitsbericht zum Grenchenberg-Windpark Ungereimtheiten. In diesem Papier werde mehrmals darauf hingewiesen, dass schon geringfügige Änderungen am Konzept des Windparks die Wirtschaftlichkeit in Frage stellen könnten. «So gibt es keinen Spielraum für Änderungen, beispielsweise zugunsten des Wanderfalken oder der Sichtbarkeit der Anlagen», moniert Stampfli.

Ein Beitrag zum Atomausstieg

«Wir sind sehr bestrebt, mit der Stiftung Landschaftsschutz und anderen Landschaftsschutzorganisationen bezüglich des Standortes und der Sichtbarkeit der Anlagen Lösungen zu finden», erwidert Per Just, Direktor der SWG, den Kritikern. Am Standort und am Projekt will er indes nicht rütteln. Im Rahmen der Richtplananpassung hätten sowohl der Bund wie auch der Kanton befunden, dass der Standort Grenchenberg nicht nur windtechnisch für den Bau eines Windparks möglich sei, sondern auch bezüglich Erschliessung und Landschaftsschutz. «Die Interessenabwägung hat schon stattgefunden.»

Der Windpark in Zahlen

- Für mindestens 35 Millionen Franken sollen sechs Turbinen mit einer Gesamtleistung von **30 Gigawatt-Stunden** gebaut werden (Kosten ohne Zufahrtsstrasse und Stromleitungen; aber inklusive Unterhalt und Betrieb).
- Dadurch könnten **6700 durchschnittliche Haushalte** mit Strom versorgt werden.
- Ohne Einsprachen könnte 2015 mit dem Bau begonnen werden, **2016 wäre der Park fertig.** fm

den.» Darum kommt Just zum Schluss: «Die Diskussion wegen der Sichtbarkeit der Anlagen auf der ersten Jurakette sollte zum jetzigen Zeitpunkt nicht wieder von vorne beginnen.»

Auch Grenchens Stadtpräsident François Scheidegger (FDP) sieht im Fall Grenchenberg eine Güterabwägung – doch diese falle klar zugunsten des Windparks aus. Scheidegger ist sich bewusst, dass es Gefahren und Gegner gibt, verspricht aber, diese ernst zu nehmen. Für ihn geht es um Grundsätzliches: «Wir haben den Atomausstieg beschlossen und Grenchen leistet so seinen Beitrag zu dessen Umsetzung.»

Einsprachen sind wahrscheinlich

Dass mit dem Aufstellen der sechs Windanlagen termingerecht im Jahr 2015 begonnen werden kann, davon ist der SWG-Direktor dann aber doch nicht ganz überzeugt. Verhindert werde der Park wohl nicht, aber Verzögerungen könne es geben, sagt Per Just. «Die Folgen einer Verzögerung wären aber in jedem Fall negativ, hauptsächlich finanzieller Natur für die Strombezügler.»

Erste Anzeichen dafür kommen von den Schutzorganisationen. Kurt Fluri betont zwar, dass es jetzt noch zu früh sei, um auf Fundamentalopposition zu machen. Zuerst müsse das konkrete Bauprojekt stehen und die Baueingabe erfolgt sein. Dennoch: Er werde das Vorhaben weiterhin kritisch verfolgen. Was genau der Verein Flow unternehmen wird, ist noch offen. Dazu nahm Roland Stampfli keine Stellung. Ein Blick auf die Website der Naturschützer lässt jedoch einiges erahnen. Dort steht im Zusammenhang mit den geplanten Windparks: «Wir fordern den sofortigen Abbruch der sinnlosen Vorhaben im Thal und im ganzen Jura.»

Von aktivem Widerstand geht Just aus: «Mit Einsprachen muss man in fast jedem Bewilligungsverfahren rechnen, auch auf dem Grenchenberg.» Trotzdem sieht er gute Chancen für das

35-Millionen-Projekt. Die hauptsächlich positiven Rückmeldungen aus der öffentlichen Mitwirkung würden zeigen, dass die Grenchner Bevölkerung hinter dem Projekt stehe. «Das hat vielleicht auch damit zu tun, dass der Stadtbevölkerung der technische Fortschritt und die Industrie schon immer ein wichtiges Anliegen waren», ergänzt er.

Fabian Maienfisch

✿ Langfristig führt kein Weg an alternativen Energieformen vorbei. Was den Grenchenberg betrifft, ist das im wahrsten Sinne des Wortes «unschön». Die sechs Windräder werden das Gesicht der Jurahöhen nachhaltig verändern, sie sind über viele Kilometer Entfernung sichtbar. Das findet so niemand toll. Nur: Was sind die Alternativen? Der Atomausstieg ist beschlossene Sache. Einigkeit herrscht auch, was Kohlekraft betrifft: zu schmutzig, zuviel CO₂-Ausstoss. Ähnliches gilt für Gaskraftwerke. Stromimporte? Vielleicht, aber wie kann man sichergehen, dass dieser Strom nicht aus französischen AKWs oder deutschen Kohlekraftwerken stammt? Auf bessere und neue Technologien warten? Um die Energiesicherheit zu garantieren, muss jetzt gehandelt werden, denn alle diese Planungen brauchen sehr viel Zeit. Bleibt nur noch Strom sparen. Doch angesichts des fehlenden politischen Willens in diesem Bereich vorwärtszumachen, und angesichts des anhaltend hohen Stromkonsums, ist das – Stand heute – eine Illusion. Und die Planungen für die Energieversorgung von morgen beginnen nun mal heute. Darum sei den Kritikern des Windparks Grenchenberg gesagt: Wenn ihr eine bessere und schönere Alternative habt, wir kaufen sie sofort. Ansonsten muss der Strom auch künftig von irgendwoher kommen.

Fabian Maienfisch

Link: www.bielertagblatt.ch
Die Vorgeschichte finden Sie mit dem Begriff «Windpark».

Das Dorf ist noch nicht gebaut

Biezwil Bis Ende April muss die Ortsplanungsrevision unter Dach und Fach sein. Sonst kann es für die Expansionspläne der Bucheggberger Gemeinde eng werden.

Vor vier Jahren hat Biezwil die Überarbeitung der Ortsplanung an die Hand genommen. Erst wurde in einem räumlichen Leitbild das Biezwil der Zukunft skizziert. Nach dem Motto «klein, aber fein», soll das höchstgelegene Dorf im Bucheggberg vom kleinen Bauerndorf zur attraktiven Wohngemeinde mit Bauern werden. Weiterhin soll auch das Kleingewerbe Platz haben. Die Einwohnerzahl soll wachsen. Bis ins Jahr 2025 um 70 auf rund 400. In der eigentlichen Ortsplanung sollen jetzt die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, um die gesetzten Ziele zu erreichen.

Öffentlich aufgelegt

Nach der Vorprüfung durch den Kanton liegt das Werk aktuell noch bis am 4. April öffentlich auf. Anschliessend hat der Gemeinderat noch etwas Zeit, um mögliche Differenzen zu bereinigen und die Planung zuhanden des Regierungsrates zur definitiven Genehmigung zu verabschieden. Diese muss allerspätestens bis zum 30. April vorliegen. Es wird erwartet, dass per 1. Mai 2014 die neue Raumplanungsverordnung in Kraft gesetzt wird. In dieser Beziehung erwartet Gemeindepäsidentin Rita Mosimann ein temporäres Moratorium für weitere Einzonungen. Dieses würde auch in Biezwil für die geplante Einzonung einer guten Hektare Bauland das Aus bedeuten.

Die Zeichen stehen aber gut, dass man es rechtzeitig schaffen wird. An der Orientierungsversammlung vom Montagabend wurde das Geschäft gut aufgenommen. Und auch im Rathaus in Solothurn sind, wie Planer Uriel Kramer auf Anfrage bestätigte, die notwendigen Vorkehrungen getroffen worden. Der Regierungsratsbeschluss ist geschrieben und kann an der Sitzung vom 22. oder 29. April noch durchgewinkt werden.

Bauernhäuser umbauen

Planerisch soll das Dorfbild durch zwei weitere Bauzonen arrondiert werden. Auf dem Areal Tannliberg am Sonnenrain gibt es Baugrund für den gehobenen, oder noch lieber, den noch etwas gehobeneren Mittelstand. Für den «Normalbürger» in der Lättsmatt. Als dritter Flecken wird im Dorfkern eine einzelne Parzelle bebaubar. Nicht mehr im ursprünglichen Sinn genutzte Bauernhäuser im Dorfkern werden der Kernzone zugeordnet und können neu zu Wohnhäusern umgebaut werden.

Eng wird es im Dorf auch für eine Mehrheit der Bauernbetriebe, deren Emissionen die Bevölkerung belästigen können. Um Abhilfe zu schaffen und nötigenfalls Betriebszweige auszulagern, sind in der grundsätzlich nicht bebaubaren Landwirtschaftszone zwei Aussiedlungsstandorte eingeplant.

Neue Überbauungsziffern

Weiter kann in der Wohnzone künftig generell zweigeschossig gebaut werden. Abschied genommen wird auch von den Ausnützungsziffern; sie werden durch Überbauungsziffern (ÜZ) ersetzt. ÜZ 0.3 bedeutet, dass 30 Prozent des Areals überbaut werden dürfen. Erstmals wurde auch eine Landschaftsschutzzone ausgeschieden. Diese darf nicht überbaut, aber bewirtschaftet werden. Der Bau der notwendigen Infrastrukturen ist erlaubt. Zum Beispiel Tränken und Unterstände für das Vieh.

Hanspeter Flückiger